



Transparenz bei Nebeneinkünften

Das schwarz-gelbe Modell: Zehn Stufen und doch nicht hoch hinaus

Erst haben Abgeordnete von Union und FDP verbal auf Peer Steinbrück wegen seiner Nebenverdienste als Redner eingeschlagen. Dann mussten sie ihre eigenen hohen Nebeneinkünfte eingestehen. Jetzt wollen sie mehr Transparenz. Aber dann doch nicht – wie von der SPD vorgeschlagen – auf Euro und Cent genau, sondern nur durch ein feineres Stufenmodell. Der schwarz-gelbe Vorschlag ist nicht der große Wurf für mehr Transparenz.

In der vergangenen Woche haben Union und FDP mit ihrer Mehrheit in der Rechtstellungskommission des Bundestages beschlossen, ein neues Stufenmodell für die Transparenz von Nebeneinkünften der Abgeordneten einzuführen.

Bisher müssen Bundestagsabgeordnete ihre entgeltlichen Tätigkeiten neben dem Mandat in drei Stufen angeben: Einkünfte zwischen 1.000 und 3.500 Euro, bis 7.000 Euro und mehr als 7.000 Euro. In Zukunft sollen die Parlamentarier ihre Nebenverdienste in zehn Stufen von 1.000 bis 250.000 Euro einsortieren müssen. Damit bleibt Schwarz-Gelb hinter der SPD-Forderung nach einer Offenlegung auf



Als professionelle Redner erzielen einige Abgeordnete enorme Nebeneinkünfte.

Foto: S. Hofschlaeger / pixelio.de

Euro und Cent genau zurück.

Dabei fuhren Union und FDP kurz nach der Nominierung von Peer Steinbrück als SPD-Kanzlerkandidat noch eine Attacke nach der anderen wegen dessen hoher Nebenverdienste als Redner. Dabei

hatten Union und FDP aber übersehen: Neun von zehn Top-Nebenverdienern des Deutschen Bundestages sind Mitglieder aus ihren Reihen.

Ich habe schon dem Trierischen Volksfreund gegenüber auf Anfrage klar gemacht, dass ich kein Problem damit habe, meine Nebenverdienste zu veröffentlichen. Und dazu gehören für mich auch Einkünfte aus ehrenamtlichen Tätigkeiten zum Beispiel in Kommunalparlamenten und auch Verdienste, die niedriger sind als 1.000 Euro. Vor allem letzteres bleibt auch beim neuen Stufenmodell ein großes Manko.

Hier nun also meine Angaben auf Euro und Cent genau: Im Jahr 2011 habe ich als Mitglied des Kreistages Trier-Saarburg 1307,35 Euro und als Mitglied des Verwaltungsrates der Sparkasse Trier 2900,00 Euro erhalten. Diese Angaben unterliegen bislang keiner Veröffentlichungspflicht – auch in Zukunft nicht. Wenn jedoch mehr Transparenz gefordert wird, gehört auch das für mich dazu. Ein ganz anderer Aspekt von Transparenz: Im gleichen Zeitraum 2011 habe ich 12.128,87 Euro an Vereinsbeiträgen und Spenden an verschiedene Organisationen geleistet.

Manfred Nink

2 | Die Bundespolitik

Cattenom: Regierung verschläft Chance

Bundesregierung muss mit Frankreich über eine Abschaltung des AKW Cattenom reden

Trotz desaströser Stresstest-Ergebnisse sieht die Bundesregierung weiter keine Handhabe, Frankreich zum beschleunigten Abschalten des Pannenreaktors in Cattenom zu bewegen. Das ist das Ergebnis meiner Anfrage in der Fragestunde des Bundestages am 17. Oktober.

Die Ergebnisse des europäischen Stresstests für Cattenom sind miserabel. In Metz demonstrierten am 13. Oktober hunderte Menschen gegen den Pannenreaktor. Die Menschen in der grenznahen Region haben Angst und zunehmend auch Wut im Bauch, aber die Bundesregierung lässt das alles kalt.

Die französischen Sozialisten machten zusammen mit den Grünen im Frühjahr 2012 mit dem Teil-Atomausstieg Wahlkampf. Die späteren Wahlsieger verkündeten, den Anteil des Atomstroms an der gesamten Energieversorgung bis 2025 von 75 auf 50 Prozent senken zu wollen. Dafür müssten die Franzosen 15 bis 18 Atomkraftwerke dauerhaft stilllegen. Medienberichten zufolge ist die französische Atomindustrie wenig begeistert von diesen Plänen. Die Franzosen haben sich noch nicht endgültig entschieden, wie viele und welche Meiler sie vom Netz nehmen. Hollande sprach stets davon, Fessenheim 2016 stilllegen zu wollen, von Cattenom aber war nie die Rede. Für die Menschen in der Grenzregion ist das völlig unverständlich.

Die Bundesregierung sollte endlich eine eindeutige Position gegenüber Frankreich beziehen und die Abschaltung des Pannenreaktors fordern.



Der Pannenmeiler in Cattenom wird von den Menschen in der Region Trier zurecht als ernsthafte Bedrohung angesehen. Die jüngste Panne im Atomkraftwerk ereignete sich in der Nacht zum 15. Oktober 2012.
Foto: Alfonso Salgueiro Lora / Flickr.com

In Frankreich wird erstmals über einen Teilausstieg aus der Atomenergie nachgedacht. Union und FDP dürfen diese Chance nicht verschlafen. Die Bundesregierung ist in der Pflicht, das berechtigte Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit auch gegenüber den französischen Nachbarn zu artikulieren.

Selbstverständlich können Altmaier und Merkel Frankreich nicht vorschreiben, Cattenom abzuschalten. Aber mit einem der europaweit schlechtesten Stresstest-Ergebnisse liegen jetzt genug Argumente für Gespräche auf dem Tisch, um die Franzosen davon zu überzeugen, dass es sicherheitspolitisch keine Alternative zum Abschalten gibt.

Die Bundesregierung jedoch verweist auf meine diesbezüglichen Nachfragen lediglich auf Aktionspläne und Verbesserungen, welche Frankreich in eigener Verantwortung umsetzen müsse. Ich sage: Das reicht nicht aus. Nur ein dauerhaftes Abschalten kann die Sicherheit in der grenznahen Region gewährleisten!

Die Sorgen der deutschen Bevölkerung sind ein guter Grund für einen bilateralen Austausch über die Zielvorstellungen in der französischen und europäischen Atompolitik. Die freundschaftlichen deutsch-französischen Beziehungen belastet ein solcher Dialog ganz sicher nicht.
Manfred Nink

SPD-Zukunftskongress im Bundestag

Laura Kaun, Politikwissenschaftsstudentin an der Uni Trier, hat im Berliner Büro von Manfred Nink ein sechswöchiges Praktikum absolviert. Sie berichtet von ihrem Besuch des Zukunftskongresses der SPD-Bundestagsfraktion:

Als ich am Freitag, den 14. September, zur Arbeit ins Paul-Löbe-Haus des Bundestags erschien, war der Aufbau für die zweitägige Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion schon in vollem Gange. Für den Zukunftskongress Deutschland 2020 wurden im Foyer Sitzplätze für rund 700 Gäste – darunter viele SPD-Mitglieder – aufgestellt.

Der Kongress sollte dazu dienen, das Modernisierungsprogramm der SPD vorzustellen. In verschiedenen Foren diskutierten die Teilnehmer Themen, die in Deutschland und in der SPD aktuell und in Zukunft wichtig sind.

Eröffnet wurde der Kongress am Freitagmittag durch den SPD-Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier. Er appellierte an die Gäste, sich an der Diskussion über ein lebenswertes, gerechtes und wirtschaftlich modernes Deutschland 2020 zu beteiligen. Für eine Politik selbstbewusster Demokratie, mit dem Fokus auf Arbeit, Infrastruktur und Finanzen.

Außerdem redeten der österreichische Bundeskanzler a.D. Alfred Gusenbauer zur aktuellen Lage Europas und die stellvertretende SPD-Vorsitzende Aydan Özoğuz über die Verbindung von Integration, Gleichberechtigung, demo-

graphischen Wandel und Bildung. Damit waren die Kernthemen des Kongresses umrissen.

In einer kurzen Kaffeepause hatten ich und einige Mitpraktikantinnen die Möglichkeit bei einem sehr leckeren Stück Schoko-Kirsch-



Laura Kaun (links) zusammen mit Frank-Walter Steinmeier und weiteren Praktikantinnen im Foyer des Paul-Löbe-Hauses

Kuchen Frank-Walter Steinmeier kennenzulernen. Danach ging es in den Foren weiter. Dort wurden die Themen durch Diskussionen mit Experten vertieft.

Im Forum „Wie verwirklichen wir gleiche Rechte? Rolle(n) vorwärts für die Gleichstellung von Frauen und Männern“, das in einem der Ausschuss-Sitzungssäle stattfand, ereignete sich eine sogenannte Fishbowl-Diskussion. Bei dieser Methode diskutiert eine

kleine Gruppe von Teilnehmern im Innenkreis des Plenums. Jedem Zuschauer ist es jedoch möglich, sich an der Diskussion zu beteiligen. Es entstand eine engagierte und leidenschaftliche Debatte zwischen verschiedenen Experten und Teilnehmern zu den Themen gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Frauenquote, Minijobs und Ehegattensplitting. Vor allem in dem Bereich der Gender Pay Gap, der geschlechterspezifischen Lohnlücke, waren sich Teilnehmer und Experten einig. Bis zum Jahr 2020 müsse Schluss damit sein, dass Frauen in Deutschland durchschnittlich 23 Prozent weniger Gehalt bei gleicher Arbeit bekommen als Männer.

Bei der Diskussion über die Frauenquote beteiligten sich erstmals auch Männer an der Diskussion, die vorher nur von Frauen geführt wurde. Deutlich wurde, dass bei diesem Thema noch Diskussionsbedarf besteht. Trotz mancher inhaltlicher Differenzen endete das Forum mit einigen Inputs für das Modernisierungsprogramm.

Gemeinsam ließen die Teilnehmer den Kongresstag auf der Fraktionsebene des Reichstagsgebäudes ausklingen.

Genauere Informationen zu den Inhalten des Zukunftskongresses enthält die Broschüre

„Deutschland 2020: So wollen wir morgen leben – Bausteine eines Modernisierungsprogramms“.

Die Broschüre kann im Wahlkreisbüro in der Christophstraße 1, 54290 Trier angefordert werden.

4 | Aus Partei und Fraktion

Parlamentskreis Michelin



Manfred Nink (links) und Kollegen aus dem Bundestag trafen sich am 16. Oktober mit dem Direktor des Reifenherstellers Michelin für die Werke in Trier und Bad Kreuznach (zweiter von rechts). Sie sprachen unter anderem über die zukünftige Entwicklung der Produktionsstandorte.
Foto: Büro Fritz-Rudolf Körper MdB

Praxisgebühr abschaffen

Liebe Freundinnen und Freunde!

Die SPD und die anderen Oppositionsparteien haben am 26. Oktober im Bundestag die Abschaffung der Praxisgebühr zur Abstimmung gestellt. Union und FDP haben nicht zugestimmt. Dabei setzt sich auch die FDP für eine Abschaffung ein. Schwarz-Gelb plant offensichtlich einen Kuhhandel. Stimmt die FDP für das Betreuungsgeld, dann stimmen CDU und CSU für die Streichung der Praxisgebühr.

Nach fast zehn Jahren mit der Praxisgebühr liegt Deutschland immer noch mit durchschnittlich 17 Arztbesuchen im Jahr pro Einwohner international an der Spitze. Da auch Fachärzte Überweisungen ausstellen können, blieb eine Stärkung der Hausärzte aus. Und das Gesamtaufkommen der Praxisgebühr für ärztliche und zahnärztliche

Behandlungen zusammen fiel beispielsweise für das Jahr 2011 mit weniger als zwei Milliarden Euro gering aus.

Aufgrund der ausgebliebenen Steuerungseffekte und der aktuell erfreulichen Finanzlage der gesetzlichen Krankenversicherungen kann und soll die Praxisgebühr ersatzlos gestrichen werden. Bis auf die Union sind sich da alle Fraktionen im Bundestag im Grundsatz einig.

Die SPD fordert zudem, zu paritätisch finanzierten Beitragssätzen von Arbeitgebern und Kassenmitgliedern zurück zu kehren. Außerdem müssen im Zuge der Einführung einer Bürgerversicherung die Zusatzbeiträge abgeschafft werden.

Herzlichst, Euer

Einige Termine seit dem letzten Sprechbrief

14. bis 16. Oktober 2012

Gemeinsame Tagung der Arbeitskreise Europa der Friedrich-Ebert-Stiftung Brüssel und Berlin in Brüssel unter anderem zu den Themen: Ein New Deal für Europa, Vier Szenarien für die Zukunft des Euros, Die Rolle Europas für den Bundestagswahlkampf, Optionen einer sozialen und demokratischen Vertiefung des Integrationsprojekts;

Klausurtagung der AG Europa der SPD-Bundestagsfraktion in Brüssel, Gespräche unter anderem mit einem Vertreter von Finance Watch und Dr. Matthias Ruete, Generaldirektor der Kommissions-Generaldirektion Mobilität und Transport sowie mit der Handelsblatt-Journalistin Ruth Berschens;

Gespräch in Berlin mit dem zuständigen Direktor für die Michelin-Reifenwerke Trier und Bad Kreuznach

17. bis 29. Oktober 2012

Sitzungen des Deutschen Bundestages, der Fraktion und des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Fragen zum Europäischen Stresstest für Atomkraftwerke und zur Sicherheit des Pannemeilers Cattenom in der Fragestunde des Deutschen Bundestages

Manfred Nink MdB

Büro Berlin:

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030/22773317

Fax: 030/22776317

E-Mail: manfred.nink@bundestag.de

Büro Trier:

Christophstraße 1
54290 Trier

Telefon: 0651/9759940

Fax: 0651/44748

E-Mail: manfred.nink@wk.bundestag.de

www.manfred-nink.de